

Statement

von

Peter Driessen

Hauptgeschäftsführer

des

Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der

Bayerischen Konjunkturpressekonferenz

am 19.05.2010, 10:30 Uhr,

IHK München, Clubraum

## **Kräftige Frühjahrsbelebung der bayerischen Wirtschaft**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Zuversicht der bayerischen Wirtschaft hat deutlich zugenommen. Die Unternehmen sind nicht nur aktuell zufriedener als noch zu Jahresbeginn. Sie glauben auch, dass es in den kommenden Monaten weiter aufwärtsgeht. Die Hoffnung basiert auf einem stabilen Exportanstieg. Aber auch der Binnenmarkt zeigt spürbare Erholungstendenzen. Die Unternehmen haben ihre Investitions- und Beschäftigungspläne nach oben korrigiert. Dies ergab die aktuelle Konjkturumfrage der bayerischen IHKs unter mehr als 3.200 Unternehmen.

Der BIHK-Index, der Geschäftslage und Geschäftserwartungen in einem Wert zusammenfasst, ist von 102 Punkten zu Jahresbeginn auf 119 Punkte gesprungen. Der Index hat damit den höchsten Stand seit Frühjahr 2008 erreicht.

Die Unternehmen bewerten sowohl ihre aktuelle Geschäftslage als auch ihre Geschäftserwartungen deutlich besser als noch zu Jahresbeginn. Der Saldo aus zufriedenen und unzufriedenen Stimmen ist auf +11 Punkte von zuvor -4 Punkte angestiegen und liegt erstmals seit Herbst 2008

wieder im positiven Bereich. Auch für die kommenden Monate sind die Unternehmen optimistischer als zuletzt: Aktuell erwarten 38 Prozent der Unternehmen nach zuvor 26 Prozent, dass es weiter aufwärtsgeht. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten ist damit von +9 auf +28 Punkte steil nach oben gegangen.

Der positive Ausblick zeigt sich bereits in den Beschäftigungsplänen. Nach der aktuellen Umfrage wollen 16 Prozent der Unternehmen zusätzliche Mitarbeiter einstellen, 71 Prozent an der Belegschaft festhalten, und nur noch 13 Prozent planen einen Abbau. Damit überwiegen erstmals seit Frühjahr 2008 die Unternehmen ganz leicht, die Stellen schaffen wollen. Ein massiver Anstieg der Arbeitslosigkeit, wie viele nach dem Auslaufen der Kurzarbeit befürchtet haben, bleibt damit wohl aus.

Die Erholung hat auch die Investitionslaune spürbar angefacht. Mittlerweile wollen 32 Prozent der Unternehmen – fast doppelt so viel wie vor wenigen Monaten – ihre Investitionsbudgets erhöhen. Kürzungen beabsichtigen nur 15 Prozent nach zuvor 26 Prozent. Der Saldo ist damit außerordentlich stark von –9 auf +17 Punkte gestiegen.

Diese positiven Botschaften dürfen jedoch nicht über die nach wie vor außerordentlich hohen Risiken hinwegtäuschen. Noch immer belastet eine niedrige Kapazitätsauslastung die

Unternehmen. Es wird noch einige Zeit brauchen, bis die Produktionseinbrüche der Jahre 2008 und 2009 aufgeholt sind. Darüber hinaus hängt die neu angeheizte Finanzmarktkrise wie ein Damoklesschwert über einem Aufschwung.

Wie sieht es nun im Detail aus?

Ein Blick auf die sogenannten Spätindikatoren unserer Umfrage wie Geschäftslage, Auftragsvolumen aus dem In- und Ausland sowie Kapazitätsauslastung verdeutlicht die Entwicklung der einzelnen Branchen in den vergangenen sechs Monaten.

### *Auftragsplus aus In- und Ausland*

Die bayerische Industrie hat einen großen Schritt aus der Rezession gemacht. Sie bewertet ihre aktuelle Geschäftslage deutlich besser als zuletzt. Der Saldo hat von –15 Punkte auf +8 Punkte ins Plus gedreht. Steigende Orderzahlen kamen sowohl aus dem In- und Ausland. Trotz dieser starken Erholung hat die Industrie noch immer nicht genügend Aufträge, um ihre Maschinen auszulasten: Insgesamt sind die Unternehmen zwar etwas zufriedener, aber nach wie vor sind nur 14 Prozent der Unternehmen voll ausgelastet. Zum Vergleich: Vor zwei Jahren haben dies noch 41 Prozent geantwortet.

Innerhalb der Industrie ist die Lage weiterhin sehr unterschiedlich. Während die chemische und pharmazeutische Industrie ihre Geschäftslage als sehr gut einschätzen, ist die Stimmung im Maschinenbau durchschnittlich noch nicht befriedigend.

Auch der Großhandel spürt die wirtschaftliche Erholung. Die Lagebeurteilung ist im Saldo von 0 auf +8 Punkte geklettert. Doch wie in der Industrie ist die Situation nicht einheitlich: Während der Großhandel mit Rohstoffen und Investitionsgütern noch unter der vergleichsweise schwachen Produktions- und Investitionstätigkeit leidet, profitiert der Großhandel mit Ge- und Verbrauchsgütern von der stabilen Konsumnachfrage, was auf die robuste Entwicklung des bayerischen Arbeitsmarkts zurückzuführen ist. Dies belebt auch den bayerischen Einzelhandel. Die Unternehmen sind zufriedener als noch zu Jahresbeginn. Der Saldo der Geschäftslage ist von 0 auf +9 Punkte angestiegen.

Die Dienstleister, die bereits zu Jahresbeginn überwiegend guter Stimmung waren, haben ihre Situation nochmals verbessert und den Saldo von +6 auf +15 Punkte ausgebaut.

Das Bauhauptgewerbe spürt ebenfalls einen leichten Aufwind. Konstant 23 Prozent schätzen ihre aktuelle Lage als gut ein. Erfreulicherweise ist der Anteil derer, die mit ihrer Si-

tuation unzufrieden sind, von 19 auf 12 Prozent deutlich gesunken.

### *Aufwärtstrend hält an*

Weit spannender als der Status quo ist der Ausblick für die nächsten 12 Monate. Dies zeigen die sogenannten Frühindikatoren wie Geschäfts- und Auftragserwartungen sowie die erwartete Kapazitätsauslastung.

Die Industrie blickt optimistisch in die Zukunft. Der Saldo ist von +20 auf +33 Punkte nochmals spürbar angestiegen. Neben Aufträgen aus dem Ausland rechnen nun deutlich mehr Unternehmen als noch zu Jahresbeginn damit, dass die Inlandsnachfrage anzieht. Die Kapazitätsauslastung wird hierdurch zunehmen.

Diese positiven Aussichten haben natürlich auch die Investitionspläne beflügelt. Per Saldo sind die Investitionserwartungen von -9 auf +18 Punkte nach oben geklettert. Auch für die Beschäftigten sind damit die Aussichten besser als noch im Februar. Der Beschäftigungsabbau in der Industrie dürfte gestoppt sein.

Erstmals seit Frühjahr 2008 überwiegt auch bei den Bauunternehmern die Zuversicht. Sie gehen davon aus, dass sie von der steigenden Investitionstätigkeit der Unternehmen

und der Suche der privaten Haushalte nach einer sicheren Kapitalanlage profitieren werden. Auch der öffentliche Bau spürt einen leichten Aufwind. Auf mittlere Sicht herrscht allerdings noch Unsicherheit, denn das Auslaufen der Konjunkturprogramme spätestens im Jahr 2011 wird die Bauwirtschaft belasten.

Auch bei den Großhändlern ist eine deutlich bessere Stimmung spürbar. Der Saldo der Geschäftserwartungen legte von +7 auf +25 Punkte zu. Fast die Hälfte der Unternehmen rechnet mit steigenden Umsätzen im In- und Ausland. Die höhere Industrieproduktion wird vor allem den Handel mit Rohstoffen und Investitionsgütern erhöhen.

Die Dienstleister sehen trotz der bereits guten Geschäftslage weiteren Spielraum nach oben. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten hat sich von +14 auf +31 Punkte mehr als verdoppelt. Steigende Investitionen führen dazu, dass die Unternehmen wieder einstellen wollen. Der Dienstleistungssektor profitiert dabei von der Erholung der Industrie. Dies zeigt sich gerade bei den Zeitarbeitsunternehmen. Sie rechnen damit, dass ihre Dienstleistung wieder vermehrt nachgefragt wird und erhöhen bereits ihren Personalstand. Jedes zweite Zeitarbeitsunternehmen plant in den kommenden Monaten einen Beschäftigungsaufbau und nur 7 Prozent wollen reduzieren.

Die guten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt haben zu einem deutlichen Stimmungsumschwung im Einzelhandel geführt: Der Anteil der Optimisten hat sich verdoppelt, gleichzeitig der der Pessimisten halbiert. Damit ist der Saldo von –10 Punkten auf +16 Punkte nach oben geschossen.

Meine Damen und Herren, diese Ergebnisse signalisieren eine klare konjunkturelle Erholung. Doch wie lange wird sie auch vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklung in Europa anhalten. Die Risiken sind jedenfalls außerordentlich hoch.

Zu diesen Risiken gehört auch die Kreditversorgung. Zwar haben wir weiterhin keine flächendeckende Kreditklemme, doch die Kreditvergabe der Banken kann in den nächsten Monaten zum Engpass für den Aufschwung werden. Wir haben die Unternehmen aktuell erneut zu ihren Finanzierungsbedingungen befragt. Die Ergebnisse zeigen zwar keine weitere Verschärfung der Finanzierungsbedingungen an, aber dennoch alarmieren uns zwei Ergebnisse:

1. Über ein Fünftel der Unternehmen klagt über schlechtere Konditionen vor allem bei Betriebsmittelkrediten. Kann ein Auftrag jedoch nicht vorfinanziert werden, wird die Produktion nur bedingt oder gar nicht aufgenommen.

2. Ähnlich hoch sind die Schwierigkeiten bei Investitionskrediten. Dieses Problem dürfte zunehmen, wenn die Unternehmen in den kommenden Monaten – wie geplant – mehr investieren wollen. Ein massiver Finanzierungsengpass könnte nicht nur die Investitionsdynamik abbremsen, sondern hätte auch für den Arbeitsmarkt Konsequenzen: Denn ohne Investitionen besteht kaum Hoffnung auf neue Arbeitsplätze.

Ein weiteres und ungleich größeres Risiko birgt die massive und weiter wachsende Staatsverschuldung. Gerieten 2008/2009 Banken in den Insolvenzstrudel, stehen nun ganze Staaten auf der Kippe und mit ihnen das gesamte europäische Währungssystem. Besonders deutlich zutage treten die Probleme in solchen Ländern, deren Wettbewerbsfähigkeit nicht ausreichend hoch bzw. die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Doch um eines klar zu sagen: Wer heute behauptet, den einzig richtigen Weg aus dieser Krise zu kennen – der ist mehr an Schlagzeilen als an der Wahrheit interessiert.

### *Fazit*

- Die konjunkturelle Erholung hat deutlich zugelegt und ist in allen Branchen angekommen. Auch für die kommenden Monate erwarten die Unternehmen einen anhaltenden Aufwärtstrend.

- Das gestiegene Vertrauen der Unternehmen in die Erholung wirkt sich insbesondere auf die Investitions- und Beschäftigungspläne aus.
- Die Risiken, die die konjunkturelle Erholung abbremsen oder sogar in eine erneute Rezession führen könnten, haben neue Dimensionen angenommen.

### *Wirtschaftspolitische Konsequenzen*

Wir leiten aus den Erfahrungen seit 2008 folgende Forderungen ab: Erstens, die Finanzmärkte müssen reguliert werden. Zweitens, der europäische Stabilitätspakt muss reformiert werden und drittens, die deutsche Politik muss konkrete Pläne zum Schuldenabbau vorlegen. Nur so geht sie mit gutem Beispiel voran und kann auf europäischer Ebene glaubhaft Forderungen stellen. Ich möchte kurz auf die einzelnen Punkte eingehen.

#### 1. Finanzmarktregulierung

Allen Beteiligten ist klar, dass Regulierungsbedarf besteht. Aber wie schwierig das werden wird, zeigen die weltweiten Diskussionen der Experten. Nahezu täglich diskutieren sie die Vor- und Nachteile beispielsweise von Verboten einzelner Finanzmarktprodukte. Hinzu kommt die Schwierigkeit,

dass alle Maßnahmen in diesem Bereich auf internationaler Ebene abgestimmt werden müssen, damit sie wirken können.

Europa braucht eine unabhängige Ratingagentur, die Finanzmarktprodukte auf Sinnhaftigkeit überprüft, deren Risiko bewertet und notfalls Produkte auch verbieten kann. Ebenso könnte eine solche Ratingagentur zur Bewertung von Staaten herangezogen werden. Doch wer lizenziert oder beaufsichtigt eine solche Agentur? Es sollte jedenfalls eine Konstruktion gefunden werden, die Einflussmöglichkeiten der Politik und der Marktteilnehmer verhindert. Die derzeit marktbeherrschenden Ratingagenturen stehen teilweise in einem Interessenkonflikt: Sie erhalten für die Risikobewertung oft ein Honorar von dem Unternehmen, dessen Produkte sie einschätzen sollen.

Ein weiterer Ansatzpunkt ist die Systemrelevanz von Banken. Solange Banken aufgrund ihrer schieren Größe sicher sein können, dass eine geordnete Insolvenz nicht möglich ist, werden sie renditeträchtige Risiken eingehen. Daher brauchen wir die Möglichkeit einer geordneten Insolvenz oder eine Größenbeschränkung, wie wir sie aus dem Kartellrecht kennen.

Ebenso muss eine adäquate Beteiligung an möglichen Verlusten sichergestellt werden. Nur wer angemessen am Risi-

ko beteiligt ist, geht keine unkalkulierbaren Risiken ein. Wir glauben, dass eine höhere Eigenkapitalhinterlegung, in Abhängigkeit von Art und Risiko des Geschäfts, dies sicherstellen könnte. Das setzt aber eine wirkungsvolle, vor allem zeitnahe Bankenaufsicht voraus.

Wichtig aber ist, dass wir internationale Abkommen anstreben und keine nationalen oder europäischen Alleingänge. Grundsätzlich muss aber auch der Zeitpunkt der Regulierung mit Bedacht gewählt werden. Maßnahmen, die aktuell eine Reduzierung der Kreditvergabemöglichkeiten nach sich ziehen, könnten derzeit die konjunkturelle Erholung ausbremsen. Mittelfristig sind sie jedoch unerlässlich.

## 2. Reform des europäischen Stabilitätspaktes

Die Krise hat strukturelle Probleme einzelner Länder aber auch Schwächen internationaler Verträge offengelegt. So nutzen die besten EU-Stabilitätskriterien nichts, wenn sie nicht eingehalten und durchgesetzt werden können – notfalls mit Sanktionen. Die Forderungen, die derzeit auf dem Tisch liegen, wie die Kürzung von EU-Mitteln, der Entzug von Stimmrechten, die unabhängige Überwachung der Statistik sind richtig. Ebenso wie eine geordnete Insolvenz einer Bank, muss eine geordnete „Insolvenz“ eines Landes möglich sein, insbesondere für Länder, die Mitglied der Euro-Währungszone sind. Als Ultima Ratio muss der Ausschluss

eines Landes aus dem Währungsraum möglich sein. Hierfür brauchen wir die notwendigen Voraussetzungen – wie sie beispielsweise im Rahmen eines Europäischen Währungsfonds diskutiert werden. Nur so kann die Einhaltung der Stabilitätskriterien sichergestellt und die Stabilität des Euro gewährleistet werden.

Realistisch betrachtet wird diese Reform nicht von heute auf morgen funktionieren. Denn die hierfür erforderlichen Abstimmungsprozesse auf europäischer und nationaler Ebene werden Zeit und Überzeugungsarbeit benötigen. Deutschland braucht hierfür eine gute Verhandlungsposition.

### 3. Haushaltssanierung

Es war richtig, die Schuldenbremse im Grundgesetz zu verankern denn dies erhöht den Druck auf die Politik. Ein Gesetz zu formulieren reicht aber nicht aus, die Vorgaben müssen auch umgesetzt werden. Die Bundesregierung muss jetzt klare Pläne vorlegen, wie sie das Haushaltsdefizit in den Griff bekommen will. Grundsätzlich muss das Credo gelten: Wachstumsfördernde Investitionen, beispielsweise in Bildung, müssen von der Streichliste und konsumtive Ausgaben konsequent auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Deutschland kann nur Forderungen gegenüber anderen Ländern stellen, wenn es mit gutem Beispiel vorangeht.